

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Deutsch-Bundest)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 102.

Berlin, Mittwoch, 22. Dezember 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein vernichtendes Urteil. — Ein Weihnachtswort an die Bevölkerung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Ein vernichtendes Urteil.

Es war anzunehmen, daß auch die Scharfmacherpresse sich über die Verhandlungen des Reichstages über den Zwangsarbeitsnachweis des Scharfhandwerks äußern würde. Ebenfalls durfte erwartet werden, daß diese Presse ihren lebhaften Beifall über den Ausgang der Verhandlungen zu erkennen geben würde. Das ist denn auch geschehen. Die Befriedigung, die aus jenen Preisüberhebungen hervorgeht, ist so stark, daß der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück doch etwas nachdenklich gestimmt werden mußte. Die Beurteilung, die sein Auftreten in der deutschen Scharfmacherpresse gefunden hat, bedeutet nämlich die denkbar schärfste Beurteilung des von ihm vertretenen Systems.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ drückt mit Wohlbehagen die erste Rede des Staatssekretärs lässlich ab. Auf die Ausführungen der übrigen Redner läßt sie sich nur mit wenigen Worten ein. Ihr Urteil über die Debatte faßt sie zusammen in dem Satze, daß „die Darlegungen der gegen die Interpellationen Sprechenden sich ausnahmslos durch Objektivität des Urteils und gründliches Studium des Gegenstandes auszeichneten, während die andere Seite fast ausschließlich mit agitatorischen Phrasen und kraßen Uebertreibungen arbeitete“. Am meisten hat es dem Blatte die Rede des Abg. D. Raumann angetan, dem Mangel an gedanklicher Tiefe und Sachkenntnis zum Vorwurf gemacht wird. Etwas anderes war nicht zu erwarten. Wie wir indessen diesen Mann kennen, wird er sich mit Gleichmut über das Urteil der „Arbeiter-Zeitung“ hinwegsetzen wissen. Als erfreuliches Resultat der Debatte betrachtet dieses Blatt die Tatsache, daß mit wünschenswerter Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist, daß „das Arbeitsnachweisystem des Unternehmertums in keiner Weise die parlamentarische Kritik zu scheuen habe, und daß die gegen dieses System mühsam zusammengetragenen Anschuldigungen zum mindesten nicht dazu ausreichen, das Verlangen nach einem Reichsgesetz auf Einführung paritätischer Nachweise zu rechtfertigen“. Natürlich fehlt auch nicht die Behauptung, daß schon die Rücksicht auf die industrielle und gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmertums zwingt, an dem Hamburger Arbeitsnachweisystem festzuhalten.

Mehr noch als die eigentlichen Verhandlungen über die Arbeitsnachweise haben dem Scharfmacherorgan die Darlegungen Freude bereitet, die sich auf die Fragen der allgemeinen Sozialpolitik bezogen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ hat aus den zweitägigen Debatten unzweideutig die Tatsache erkannt,

„daß die Regierungen trotz der wiederholt betonten Absicht, das Werk der Sozialreform auch weiterhin unermüdet zu fördern, keine Neigung mehr bezeugen, sich zugunsten einer Art von Sozialpolitik festzusetzen, die in weiterer Folge das Erwerbsleben auf das schwerste zu schädigen nur geeignet ist. In streng sachlicher, zuweilen sogar, wenn man sich der emphatischen

Diktion erinnert, in der Graf Vosadomsky diese Materie abzuwandeln (!) pflegte, etwas nüchtern anmutender Form legte der neue Staatssekretär des Innern die Gründe dar, welche gegen die in den Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebrachten Forderungen sprechen. Seine Beweisführung ließ erkennen, daß man sich an leitender Stelle auf Grund sorgfältiger, unparteiischer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse endlich dazu veranlaßt gesehen hat, mit der Ueberlieferung zu brechen, daß die Lösung der sozialen Frage nur mit dem Herzen, nicht aber mit dem Verstand zu betreiben ist. Die leidige Gepflogenheit früherer Zeiten, aus Rücksichten der Popularität auf Kosten des Unternehmertums von einer Bewilligung zur anderen zu schreiten, unbekümmert um die volkswirtschaftlichen Rückwirkungen solchen Tuns, dürfte damit vorläufig zu den Akten gelegt sein“.

Die Scharfmacher wüßten Morgenluft. Der neue Staatssekretär des Innern, der bereits als preussischer Handelsminister mehrfach zu erkennen gegeben hat, daß er für die Wünsche der Unternehmer mehr Verständnis besitzt als für die der Arbeiter, ist ein Mann ganz nach ihrem Geschmack. Es hat Leute gegeben, die da meinten, daß Herr Delbrück bisher nur deswegen den Forderungen der Arbeiter so wenig Rechnung getragen hat, weil er durch die Zusammenlegung des preussischen Landtages an der Durchführung sozialer Reformen in der Landesgesetzgebung gehindert war. Die jetzige Haltung des Staatssekretärs in der Arbeitsnachweisfrage und seine Beurteilung durch die Scharfmacherpresse dürfte diese Leute gründlich kuriert haben. Kaum jemals ist einem führenden Staatsmann ein derartig uneingeschränktes Lob von jener Seite gespendet worden.

Ob dem Staatssekretär dabei nicht doch etwas unheimlich zu Mute wird? Was ist denn in den letzten Jahren Großes auf dem Gebiete der Sozialpolitik geschehen? Klagen nicht die Arbeiter sowohl als auch diejenigen Kreise, die von der Notwendigkeit der Förderung der sozialen Reform überzeugt sind, mit Recht über die völlige Unfruchtbarkeit auf sozialpolitischem Gebiete? Zeigt nicht die Flut sozialpolitischer Anträge, die schon jetzt beim Reichstage eingegangen sind, mit aller Deutlichkeit, daß fast alle Parteien der Ueberzeugung sind, es müßte mehr für die Arbeiter geschehen? Und angesichts dieser Tatsachen stellt sich derjenige Reichsbeamte, dem die Förderung der Sozialpolitik am meisten am Herzen liegen sollte, hin und vertritt Anschauungen, die den hellen Jubel der Scharfmacher und aller derjenigen erwecken, die diesen durch Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu Dank verpflichtet sind. Schon schauen diese Elemente das Nahen einer neuen Ära, in der einig und allein das Profitinteresse der Unternehmer ausschlaggebend ist. Endlich der richtige Staatssekretär gegen Sozialpolitik! so hört man jene Kreise frohlockend triumphieren.

Und leider muß man sagen, daß das Verhalten des Herrn Delbrück ihnen alle Ursache dazu gegeben hat. Schlechte Aussichten für die Zukunft! Auf der einen Seite eine Vertreibung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, auf der anderen Seite ein völliges Versagen der Gesetzgebungsmaschine auf sozialpolitischem Gebiete! Will der neue Staatssekretär des Innern wirklich die schwere Verantwortung tragen für die Erbitterung, die dadurch in der gesamten deutschen Arbeiterschaft

herborgerufen werden muß? Sollte ihm die begeisterte Zustimmung der Scharfmacher nicht doch Bedenken verursachen? Bei ruhiger Prüfung müßte er sich eigentlich sagen, daß er es doch wohl an der nötigen Objektivität hat fehlen lassen und sich hüten muß, den Herren noch mehr Entgegenkommen zu zeigen als bisher.

Ein Weihnachtswort an die Bevölkerung

Wird gegenwärtig in zahlreichen Orten seitens der Rabattparvereine in Form von Flugblättern oder Zeitungsinseraten an die Konsumenten gerichtet. Das Flugblatt trägt die Ueberschrift „Treue um Treue“. Was damit gesagt werden soll, ist aber einigermaßen rätselhaft. Die Rabattparvereine erjüden die Konsumenten, bei Weihnachtseinkäufen die Geschäfte ihrer Mitglieder zu bevorzugen. Für die Waren, die jemand dort erwirbt, muß er kein gutes Geld bezahlen. Irgendem besonderes Treueverhältnis zwischen Käufern und Verkäufern entsteht dadurch aber nicht. Die Ueberschrift scheint also darauf berechnet zu sein, das Publikum irrezuführen.

Weniger nachsichtig wie den Täuschungsversuch in der Ueberschrift wird man aber den Umstand beurteilen dürfen, daß das Flugblatt der Rabattparvereiner aus recht durchsichtigen Gründen unwahre Angaben über die Konsumvereine verbreitet. Die unlegbaren Vorteile, die der Warenbezug in den Konsumvereinen zur Folge hat, suchen die Rabattparvereiner nämlich zu verkleinern, indem sie auf die „Gesahren“ hinweisen, die jedes Konsumvereinsmitglied angeblich deshalb läuft, weil es einen Geschäftsanteil erwerben muß und außerdem noch für eine Postsumme in gleicher Höhe verpflichtet werden kann. Der Geschäftsanteil wird bekanntlich nicht in bar eingezahlt, sondern allmählich von den Ersparnissen, die das Mitglied durch Einkauf im Konsumverein macht, auf die vorgeschriebene Höhe gebracht. Der Geschäftsanteil wird verzinst und bei Austritt in voller Höhe zurückgezahlt. Die Postsumme hat nur Bedeutung bei vorkommenden Konkursen. Konkurse der Konsumvereine sind aber ungewohnt selten und meistens auf außerordentliche Vorkommnisse zurückzuführen. Die amtliche Konkursstatistik zählt im ganzen Jahre noch kein Dupond Konkurs von Konsumvereinen auf. In der Reklameberöffentlichung der Rabattparvereiner wird zwar eine lange Liste angeblicher Zusammenbrüche von Konsumvereinen wieder gegeben, diese „Totenliste“ erweist sich aber bei näherem Zusehen als ein aufgelegter Schwindel. 112 Konsumvereine werden da aufgezählt, die seit 1907 in Konkurs geraten sein sollen. Eine kleine Anzahl dieser Konkurse hat wirklich stattgefunden, viele von ihnen aber bereits vor vielen Jahren, zum Beispiel Karlsruhe, Konnewitz, Pforzheim, um nur die größeren Orte zu nennen. Bei anderen Vereinen handelt es sich um ganz kleine Vereine, Kasinogemeinschaften usw., die überhaupt nicht als eigentliche Konsumvereine zu betrachten sind. Wieder andere Genossenschaften, die angeblich Konkurs gemacht haben sollen, bestanden überhaupt nicht. So gab es zum Beispiel niemals eine „Neue Konsumgenossenschaft“ in Hamburg; von Konkursen in Stendal, Steinbergen, Dortmund, Straßfurt, Schwerte und Wangen ist nichts festzustellen. Andere Konkurse wieder sind überhaupt keine Konkurse, sondern Liquidationen einzelner Vereine, die erfolgten, um kleinere Konsumvereine mit größeren zu verschmelzen. Berücksichtigt man alles dieses, dann bleiben von der genannten „Totenliste“ keine fünfzehn Konkurse übrig, die eigentliche Konsumvereine betrafen, und diese Konkurse berührten kleine Vereine, die gegründet waren, ohne daß die nötigen Vorbedingungen gegeben waren, oder auch

leichtsinne Gründungen, wie in Halle, Merseburg, Solmar, wo man bestehenden, großen Konsumvereinen aus den verschiedensten Gründen Konkurrenzkonsumvereine gegenüberstellte, die natürlich bald wieder zugrunde gingen. Die Konsumvereinsmitglieder dürfen also um ihre Mitgliederanteile unbesorgt sein: eine einwandfreie Konkurrenzstatistik zeigt ihnen, daß Konsumvereinskonkurse zu den Seltenheiten gehören.

Daß die „Dividenden“ der Konsumvereine durch einen Aufschlag auf den Warenpreis entsteht, ist bekannt und wird von den Konsumvereinen selbst nie bestritten. Die Rabattvereiner stellen es aber so dar, als sei das eine ganz funktionslose Entdeckung von ihnen. Sie selbst schlagen aber ungeniert den Rabatt auf den Warenpreis, was in zahlreichen Gerichtsentscheidungen als „gerichtsnotorisch“ bezeichnet wurde, und suchen diese Tatsache zu verschleiern, indem sie den Rabatt als ein Geschenk an die Kundschaft für die Barzahlung darstellen. Als vor einiger Zeit die Rabattvereiner in Schmölln ein Fest abhielten, sangen sie ein Lied, in dem es hieß: „Zehn Prozent, die schlägt man auf, gibt für fünf Marken drauf“. Diese Angaben dürften der Wahrheit eher entsprechen als die Beteuerungen in dem Flugblatt mit dem treuherzigen Titel. Die Rabattvereiner geben auch nur für einen Teil ihrer Waren Rabatte, sie berechnen ihre Rabatte außerdem nur für runde Summen, meistens nur für Käufe über 20 Pf. Wer also für 19 Pf. braucht, erhält keinen Rabatt, bis zu 39 Pf. nur einen Pfennig, erst von 40 Pf. an zwei Pfennig usw. Das ganze Rabattgeben ist demnach ein Kaufungsmittel, und es steht Leuten, die mit solchen Methoden Kundschaft anlocken wollen, recht schlecht zu Gesicht, Konsumvereine zu verächtlichen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. Dezember 1909.

Groß noch ist die Zahl derjenigen Ortsvereine, welche die Bestellkarte mit den Adressen der Empfänger für das Verbandsorgan „Gewerkverein“ bei uns noch nicht eingelandt haben. Nur wenn das Veräumte jetzt sofort nachgeholt wird, können die rückständigen Ortsvereine darauf rechnen, daß das Verbandsorgan den Vorstandsmitgliedern noch rechtzeitig überwiesen werden kann. Auch wenn die jetzigen Empfänger des „Gewerkverein“ für das Jahr 1910 gelten sollen, muß das dem Verbandsbureau mitgeteilt werden. Unter keinen Umständen aber darf die Bestellkarte unerledigt im Schubfaden des Schriftführers oder eines anderen Vorstandsmitgliedes liegen bleiben. In der jetzigen bewegten Zeit ist es dringend notwendig, daß die Vorstandsmitglieder eines jeden Ortsvereins in den Besitz des „Gewerkverein“ gelangen. Wir ersuchen daher nochmals alle säumigen Ortsvereine, umgehend die Adressen für das Verbandsorgan einzulenden.

Eine Antwort des Zechenverbandes. Um die Einrichtung des Zwangsarbeitsnachweises im Ruhrgebiet zu verhüten, hatte auch der Verband Deutscher Arbeitsnachweise sich mit einem ausführlichen Schreiben, das auch wir veröffentlicht haben, an den Zechenverband gewandt und die Vorteile der paritätischen Arbeitsnachweise auseinandergesetzt. Leider haben diese Bemühungen keinen Erfolg gehabt, wie die Antwort des Zechenverbandes deutlich zeigt. Wir geben aus derselben folgende Sätze wieder:

„Sie begründen Ihre Bitte mit dem Hinweis auf Ihre auf langjährige Praxis gestützten Erfahrungen, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitsnachweis-Organisation in hohem Maße geeignet sei, etwa vorhandene Gegensätze abzumildern und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen.“

Hierzu erlauben wir uns ergebenst zu bemerken, daß auch uns die Praxis auf dem Gebiete paritätischer verwalteter Institute nicht fehlt; und haben aber die Erfahrungen, die vielleicht noch weiter zurückzuführen als die Ihrigen, darüber belehrt, daß im hiesigen Bezirk, wo bekanntermaßen die politische Machtfrage das ausschlaggebende Moment für die Arbeiterorganisationen ist, vor der Hand keine Aussicht besteht, mit Hilfe paritätischer Institute eine Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, die niemand mehr als wir selbst schneidestärklich wünschen, herbeizuführen. Ein paritätisch verwalteter Nacharbeitsnachweis bietet uns im Hinblick auf den künftigen Kampf zwischen dem alten sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verband und dem Verband christlicher Bergarbeiter — den stärksten Organisationen im hiesigen Bezirk — keinerlei Gewähr dafür, daß die Regelung des Arbeitsmarktes in wirklich gesunde Bahnen gelenkt werden kann, umso weniger, als es keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß die freundlichere Haltung der Organisationen gegenüber dem paritätischen Arbeitsnachweis allein darauf zurückzuführen ist, daß auch diese

Form des Arbeitsnachweises ihren Zwecken im Kampfe gegen die Arbeitgeber leicht dienlich gemacht werden kann. Zudem wir Ihnen nochmals für Ihre lebenswürdige, von so erstem sozialem Empfinden getragene Anregung verbindlichst danken, hoffen wir gleichzeitig, daß Sie bei näherem Studium der Verhältnisse, mit denen wir zuzusetzen im hiesigen Revier zu rechnen haben, unsere Stellungnahme zur Regelung der Arbeitsnachweise würdigen werden. Die Praxis unseres Arbeitsnachweises wird den Beweis erbringen, daß alle gegen ihn gerichteten Vorurteile und Befürchtungen unbegründet sind.“

Es war nicht anzunehmen, daß der Zechenverband den Vernunftgründen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise sich zugänglich zeigen würde. Dazu ist der Machtbündel der Grubenmagnaten zu groß. Außerdem hat die Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück zweifellos dazu beigetragen, den Widerstand der Herren zu stärken. Der Arbeitsnachweis wird also in Kraft treten. Welche Folgen dies zeitigen wird, muß die Zukunft lehren.

Zum Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes ist weiter zu berichten, daß bisher an 16 Orten des Industriegebietes Zweigstellen vorgegeben bzw. errichtet sind, und daß nicht weniger als 226 Zechen dem Zentralarbeitsnachweis angeschlossen sind. Der Nachweisstelle in Essen gehören 43, in Dortmund 33, in Gelsenkirchen 26, in Bochum 24, in Oberhausen 18, in Serne 16, in Redlinghausen 13, in Witten-Dortmund 11, in Wuer 7, in Witten 7, in Kamen 5, in Hagen 5, in Moers 5, in Buttrop 5, in Sprochhövel 4 und in Gladbeck 4 Zechen an.

Der Deutsche Handelstag gegen die Sozialpolitik. In seiner Ausschusssitzung am 16. Dezember beschäftigte sich der Deutsche Handelstag auch mit aktuellen sozialpolitischen Fragen. Ueber die Beschlüsse der Reichstagskommission für die Gewerbeordnungs-Novelle referierte der Generalsekretär Dr. Soetheer auf Grund eingehender Verhandlungen der sozialpolitischen Kommission des Deutschen Handelstages. Es wurde dem Unmut darüber Ausdruck gegeben, daß man mit der Reglementierung des Gewerbes immer weiter gehe und die Parteien im Reichstag in der Erfüllung der Wünsche der Arbeiter miteinander weiterfeierten, ohne dem berechtigten Interesse der Unternehmer gebührende Beachtung zu schenken. Von der großen Zahl der von dem Ausschuss gefassten Beschlüsse sind diejenigen hervorzuheben, die sich gegen folgende Reichstagskommissionsbeschlüsse wenden: Ausdehnung der Befugnisse der Landeszentralbehörden und der Polizeibehörden zu einschneidenden Vorschriften und Verfügungen, Verpflichtung der Arbeiterinnen von 16—18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule, Beschränkung der Konkurrenzklause gegenüber den technischen Angestellten, Errichtung von Arbeiterauschüssen in allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern, Einführung von Handelsinspektoren, Akutuhrladenschluss, Regelung der Arbeitszeit in Kontoren u. a., Einführung von Lohnämtern und Unterwerfung unter Tarifverträge in der Hausarbeit.

Hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitern in Betrieben der Glasindustrie beschloß der Ausschuss nach einem Referat des Herrn Dr. Rohle-Werlin in bezug auf einen Beschluß des Reichstages, der eine Fülle von viel zu weitgehenden Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter fordert, den Bundesrat zu ersuchen, seine Entscheidung über diesen Reichstagsbeschluß auszusprechen, bis eine vom Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken in Aussicht gestellte Denkschrift die Bedenken gegen den Beschluß des Reichstages dargelegt haben werde. Der Ausschuss beschloß ferner, für eine Milderung der vom Bundesrat beschlossenen Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glasbläsen, Glasbleiereien und Glasbleiereien einzutreten in der Richtung, daß Knaben, die nicht mehr zum Besuche der Schule verpflichtet sind, schon vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres in Glasbläsen als Einträger beschäftigt werden dürfen, wenn durch ein ärztliches Zeugnis dargetan wird, daß ihre körperliche Entwicklung eine solche Beschäftigung ohne Gefahr für die Gesundheit zuläßt.

Rückständige Anschauungen hätte auch der Zentralverband deutscher Industrieller nicht zutage fördern können. Deshalb bilden auch diese Beschlüsse kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Deutschen Handelstages.

Arbeiterbewegung. Dem Reichstagsmuster für das Malergewerbe haben auch die Gehilfen in Straburg i. E. ihre Zustimmung erteilt. — In Bromberg sind die Döttcher-Gesellen in eine Lohnbewegung eingetreten. Ueber ihre Forderungen sollen Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden, die man noch vor Weihnacht zu Ende zu bringen gedenkt. — Der Streik der Isolierer in Berlin ist nach siebenwöchiger Dauer beendet worden. Wenn auch

die Unternehmer ihren Affordtarif zurückgezogen haben, so können die Arbeiter doch von Erfolgen nicht sprechen. — In der Schufabrik von W. Spieß in Stuttgart waren Differenzen entstanden, weil die Firma sich weigerte, den Arbeitern irgend welche Lohnzuständnisse zu machen. Der Konflikt ist jetzt durch Genehmigung von Zulagen beieigt. Zum 1. Oktober 1910 wurde eine weitere Lohnaufbesserung in Aussicht gestellt. — Der Streik in der Blauen Schiffschifferei ist zum Ausbruch gekommen. Nachdem am letzten Sonnabend die Kündigungfrist abgelaufen war, sind gegen 1000 Sticker in den Ausstand getreten. Dadurch haben auch 1500 Arbeiterinnen keine Beschäftigung.

Der Streik der Bergarbeiter in Australien scheint seinem Ende entgegenzugehen. Die Streikleitung wenigstens hat den Arbeitern die Wiederaufnahme der Beschäftigung empfohlen. Man erwartet, daß in einigen Bezirken die Arbeit schon Anfang dieser Woche wieder aufgenommen wird. — In Kopenhagen wollen die bei den Straßenbahn- und Omnibus-Gesellschaften Angestellten am 1. Januar in den Streik treten, wenn die Direktionen ihren Forderungen kein Entgegenkommen zeigen. — In der ungarischen Waffen- und Munitionsfabrik in Budapest sind gegen 1300 Arbeiter ausgeperrt worden, weil einige 60 Eisenarbeiter in Differenzen mit der Direktion geraten sind und man hofft, auf diese Weise diese zur Nachgiebigkeit zu zwingen. — Noch immer ist der Kampf in Schweden nicht völlig beigelegt. Unter dem Vorsitz des Staatsbeamten Cederborg finden noch immer Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und der Zentrale der Arbeiterorganisation statt. Die Versuche, die Arbeitgebervereinigung zur Aufhebung der Ausperrung zu veranlassen, sind leider ohne Erfolg geblieben.

Die Gelben und die Arbeitslosenversicherung. Der Magistrat der Stadt Augsburg trägt sich mit dem Plane, eine Arbeitslosenversicherung auf gemeinlicher Grundlage einzuführen. Zu diesem Zwecke hat er sich mit verschiedenen Organisationen in Verbindung gesetzt und von ihnen Outachten über die Frage eingeholt. Auch an die Gelben, die ja bekanntlich gerade in Augsburg ziemlich stark vertreten sind, hat er sich gewandt und die Antwort erhalten, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinden nicht zweckmäßig sei, da dieselben nicht das Recht hätten, Zuschüsse an einen Teil der Gemeindeangehörigen aus Mitteln der Allgemeinheit zu gewähren. Das Genter System müsse unter allen Umständen abgelehnt werden, da dadurch die Arbeiterorganisationen gestärkt würden. Ueberhaupt sei die Einführung einer Arbeitslosenversicherung überflüssig, da insbesondere für gelernte Arbeiter eine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei. Uebrigens würden die Augsburger Industriellen ihren arbeitslos werdenden Arbeitern in reichlichem Maße Unterstützungen zuwenden.

Diese Antwort ist bezeichnend für die Gelben an sich; sie liefert von neuem einen Beweis dafür, daß die Gelben alles Teil von den Unternehmern erwarten. Uebrigens ist diese Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung nichts Neues. Schon im Jahre 1907 schrieb „Die Wehr“, das Organ des gelben Arbeitervereins Augsburg, in ihrer Nr. 22:

„Wie die Erfahrung gezeigt hat, finden selbst bei der schlechtesten Konjunktur alle tüchtigen Arbeiter ihr Brot. Weit über 90 von 100 der deutschen Handarbeiter hatten auch 1902—1903 Arbeit. Nur die schlechtesten Leister werden in Zeiten geringeren Bedarfs an Arbeitsträften abgestoßen. Jeder Handarbeiter weiß genau, ob er zu diesen gehört oder nicht. Der tüchtige Mann, der seine Pflicht tut, findet jahrelanglang an derselben Stelle sein Brot, oder wechselt doch nur wenige Male im Laufe eines langen Lebens. Er hat also keinerlei Veranlassung, Belangen zu einer Versicherung zu zahlen, die ihm menschlicher Voraussicht nach doch niemals zugute kommen wird. Von den Beiträgen der Unsteten, der Perumtreiber, der Faulen, der Gewissenlosen, ist aber keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu halten. Wo nicht die öffentliche Mildtätigkeit oder selbst die Armenpflege mittelfür, ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ein Unling.“

Auf den Uninn, der in diesen Sätzen liegt, wollen wir nicht näher eingehen. Man wird aber nach dieser Stellungnahme auch die Antwort an den Magistrat in Augsburg verstehen.

Die Berliner Baugenossenschaft, die in den verschiedensten Vororten rund um Berlin bis jetzt 350 kleine Bohnhäuser mit Gärten zum Erwerb für ihre Mitglieder gebaut hat, hielt am Sonntag, den 5. d. M., ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der langjährige Vorsitzende, Herr Reichstagsabgeordneter Karl Schaber, gab den Geschäftsbericht für die verfloffenen elf Monate und konstatierte das weitere erfreuliche Wachstum der Genossenschaft. Die Mitgliederzahl ist von 1443 am 1. Januar 1909

Gewerbereins-Zeit.

§ Breslau. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ vom 18. Dezember beschäftigt in einem Besprechungsbericht die Deutschen Gewerkschaften der Uckermark, obgleich der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Röhner, in der betreffenden Besprechung selbst schon die Fallslosigkeit der gemäßigten Angriffe nachgewiesen hat. Es lohnt sich nicht, darauf noch einmal näher einzugehen. Nach Ansicht der „freien“ Gewerkschaften sind offenbar nur diejenigen Menschen ehrlich, die blindlings den Anweisungen von jener Seite Folge leisten, auf ihre eigene Meinung und ihre Rechte verzichten und lediglich tun, was den „Genossen“ gefällt. Wie wenig jene Elemente jedoch Anlag haben, sich über die Ehrlichkeit und Anständigkeit anderer Leute aufzuhalten, sei an einigen Beispielen gezeigt. Bei der Krankenversicherung in der Maschinenbauanstalt, die das erste Mal mittels Kuverts vor sich ging, haben die Verbändler sich alle Kuverts angeeignet, ihre Stimmzettel hineingetan, so daß diejenigen, die später kamen, entweder gar keine Kuverts mehr fanden, oder nur solche, welche die verbändlerischen Stimmzettel enthielten. Wollte jemand einen anderen Stimmzettel abgeben, so wurde ihm dieser weggenommen und zerissen, oder ihm gesagt: „Da ist schon ein Zettel drin, den mußt Du nehmen.“ In einer anderen Abteilung suchte man die Wähler dadurch zu beeinflussen, daß man ihnen sagte, diejenigen, deren Namen auf dem anderen Zettel stehen als die verbändlerischen, wollten nur die Familienversicherung abschaffen. Dieses Wahlmanöver zeigt, wie es um die Anständigkeit und Ehrlichkeit der „Genossen“ bestellt ist.

Wie die „Genossen“ als Arbeitgeber auftraten, zeigen folgende Fälle: Als einem bei der Bauhilfskassenkasse angestellten Kontrolleur das Monatsgehalt von 75 auf 90 Mark erhöht wurde, erhob dagegen ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes energischen Protest, so daß selbst die „Volkswacht“ dagegen einschreiten mußte. Trotzdem ist dieser „Genosse“ heute noch im Metallarbeiterverband. Als ferner im vergangenen Sommer ein Kassierer einer hiesigen Verwaltungsstelle eine Verbesserung seines Monatsgebhalts von 135 auf 150 Mark verlangte, mit Rücksicht auf die gesteigerten Lebensmittelpreise, lehnte die aus waschechten „Genossen“ bestehende Generalversammlung das Gesuch ab mit einer Begründung, wie sie die Scharfmacher ebenfalls gebrauchen. Unter diesen Umständen haben die „freien“ Gewerkschaften wahrlich keinen Anlaß, anderen Vorschriften über gutes Betragen und Ehrlichkeit zu machen. Der Schmutz vor der eigenen Türe gibt den Herren wahrlich Arbeit genug. X.

§ Dessau. Am 5. Dezember hielt unser Ortsverband seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls sowie Erstattung des Berichts von der letzten Wanderversammlung gab Kollege Hanemann den Rassenabschluß bekannt, der trotz erheblicher Aufwendungen für die Agitation ein glänzendes Bild zeigt. Auch der Jahresbericht, vom Kollegen Maack erstattet, ist ein Beweis für die fleißige und ernste Arbeit unseres Ortsverbandes. Hierauf wurde in die Vorstandswahlen eingetreten. Es wurden die Kollegen Reimann als erster, Marzgraf als zweiter Vorsitzender, Maack als Schriftführer und Hannemann als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Da unser Ortsverband einen sehr großen Bezirk umfaßt und der Schriftführer infolgedessen nicht in der Lage ist, sämtliche Arbeiten zu erledigen, wurde Kollege Flieter als zweiter Schriftführer hinzugefügt. Alsdann hielt Kollege Münnig-Wagdeburg einen eingehenden Vortrag über: „Der Ausbau unserer Presse“. Der Referent wies in klaren Ausführungen die Notwendigkeit einer eigenen Presse nach, da die Lokalpresse vielfach versage, so z. B. in Quelinburg. Der Stand unserer Presse ist ein äußerst schwieriger, da dieselbe ebenso wie unsere Organisation sich in kirchen- und parteipolitischen Fragen streng neutral verhalten muß; sie darf nicht zugunsten irgend einer Konfession oder Partei Stellung ergreifen. Hier heißt es: „Ein gedrucktes Wort, ein teures Wort“. Alles was unsere Presse schreibt, fällt auf die Organisation zurück. Die Hauptaufgabe der Presse müsse sein, daß sie aufs nachdrücklichste die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wahrnimmt, unbekümmert darum, was unsere Gegner hierzu sagen. Zum Schluß gibt Redner noch nähere Auskunft über den geplanten Ausbau des „Mittelb. Kurier“. In der Debatte, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte, erklärten sich sämtliche Redner bereit, im Sinne des Referenten zu wirken. Mit einem warmen Appell an die anwesenden Kollegen, rege für die Ausbreitung des „Mittelb. Kurier“ zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

§ Mannheim. Am 8. Dezember hielt der hiesige Ortsverband eine sehr gut besuchte Delegiertenversammlung ab, in der Stellung zu dem Arbeitsnachweis der Industriellen von Mannheim-Ludwigshafen genommen wurde. Nach einer regen Diskussion gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme: „Der Ortsverband Deutscher Gewerkschaften (G.-D.) Mannheim nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den allem sittlichen und moralischen Empfinden höhnpredigenden Praktiken des Arbeitsnachweises der Industriellen Mannheim-Ludwigshafen, die festgestellt sind auf Grund des zutage geförderten, heimstrahligen Materials. Wir erachten es als Pflicht des Staates, diesem kapitalistischen Willkür entzogenen Tun und Treiben, das geeignet ist Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit des Arbeiters zu unterbinden, ganze Arbeiterfamilien dem Hunger preiszugeben, ein Ende zu setzen. Die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtungen sollte geschlossen gegen eine solche gemeingefährliche, antinationale Klassenherrschaft protestieren, und sie fordert das freiwirtschaftlich, sozial genante Bürgertum auf, sie in diesem Protest zu unterstützen. Wir erachten es ferner als Pflicht der Volksvertreter in Reichs- und Landtag,

den Sakes Beanstandungen und Bemängelungen nicht so tragisch, wie sie oft klingen. In dieser Auffassung bestärken uns folgende Ausführungen des „Kunstwart“:

„Jeder Redakteur einer Zeitung oder Zeitschrift kennt die Briefe, in denen Leser ihre Freude darüber aussprechen, daß ihnen der oder jener Aufsatz aus der Seele gesprochen sei, so daß sie ihn Wort für Wort unterschreiben könnten. Ist er selbst oder ist ein ständiger Mitarbeiter der Verfasser, so hat er ein Recht, sich über sie zu freuen, denn sie bestätigen, daß er in gutem Einvernehmen mit seinen Lesern steht. Er bekommt aber natürlich auch Zuschriften, die sich über den oder jenen Beitrag beschweren. Tun sie das über unpassende Formen der Aeußerung oder über falsche Tatsachenangaben, so wird er, wenn er seine Aufgaben versteht, aus ihnen lernen und selbst über die in Deutschland noch immer nicht ausgeübene Taktlosigkeit nach lächeln, die etwa mit Abonnementskündigung droht, als wäre der Redakteur kein Kulturarbeiter, sondern ein Schmod. Ernstere Bedenken werden ihm aufsteigen, wenn der Einsender darüber empört ist, daß einer schreibt, der sachlich anders, der sachlich vielleicht entgegenge setzt sieht und also urteilt, als er selber. Und wenn er erklärt: dergleichen will ich nicht lesen. Gerade solche Zuschriften aber sind bei der Tagespresse und bei zahlreichen Zeitschriften häufig.“

Dazu bemerken die „Leipz. Neuest. Nachr.“ sehr richtig:

„Wie sonderbar ist das eigentlich! Man sollte doch meinen, was einer selber dächte, das wüßte er so ungefähr, auch ohne daß es ihm gesagt würde. Viel wichtiger also müßte es ihm als Glied seines Volkes sein, zu erfahren, was nicht ihm, sondern gerade seinen Gegnern aus der Seele gesprochen sei. Wie kann im ganzen Kulturleben die Entwicklung mit Kämpfen, Waffenstillständen, Kompromissen und Friedensschüssen überhaupt vorwärts führen, wenn wir die Dinge immer nur von unserer Seite aus ansehen, wenn wir nie zuverlässig erfahren, was der Gegner denkt und will?“

Aber nicht nur für Redakteure enthalten obige Sätze manches Beherzigenswerte, sondern auch für die Leser. Mögen sie deshalb die ihnen zukommende Beachtung finden!

Der gesetzliche Wöchnerinnenschutz in Frankreich soll wesentlich verläßt werden. Auf Grund eines Kammerbeschlusses soll den Wöchnerinnen ihre Arbeitsgelegenheit gesichert werden, indem verboten werden soll, daß Wöchnerinnen ihrer Niederkunft wegen die Arbeitsstelle verlieren. Der französische Senat hat im Prinzip den Entwurf angenommen, an ihm aber einige Änderungen vorgenommen, so daß die Bestimmung, die nur aus einem einzigen Artikel besteht, in der Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Die Arbeitsunterbrechung einer Frau während 8 Wochen in der Zeit vor und nach ihrer Niederkunft gibt dem Arbeitgeber keinen Grund, den Arbeitsvertrag zu lösen, ohne sich der Arbeiterin gegenüber schadenhaftig zu machen. Die Arbeiterin soll dem Arbeitgeber den Grund ihres Fernbleibens mitteilen. Jede Gegenabrede ist nichtig. Die Arbeiterin soll Rechtsbeistand vor dem Gericht 1. Instanz erhalten.“

Auch in dieser etwas abgeänderten Form ist der Entwurf von der Abgeordnetenkommission angenommen worden. Die Vorschriften sind für die Arbeiterinnen noch günstiger als die in der am 1. Januar 1910 in Kraft tretenden Gewerbeordnungsnovelle bei uns. Denn in dieser ist eine derartige Sicherung der Arbeitsgelegenheit nicht vorgesehen.

Der Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern veranstaltet in den Monaten Januar bis April eine zweite Reihe von Vorträgen, von denen jede in der Regel sechs Vorträge von 1½stündiger Dauer umfaßt. Eine Stunde wird auf den Vortrag und ½ Stunde auf die Besprechung der von den Hörern gestellten Fragen verwandt. Die Vorträge beginnen abends 8½ Uhr. In Aussicht genommen sind Vorträge über Naturwissenschaften, Geographie, Länderkunde, Rechtsfragen, Kunst, Literatur, Elektrotechnik und Hygiene. Ausführliche Programme sind im Bureau der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin, Dossauerstr. 14, zu haben. Der Preis für die Eintrittskarten ist für einen Kursus für unsere Mitglieder von 1 Mark auf 60 Pfg. ermäßigt. Bestellungen sind entweder an das Bureau der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, oder an das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses, Greifswalderstr. 21-23, möglichst frühzeitig zu richten.

Die 3. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspielere in dieser Saison findet am Dienstag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Nathan der Weise“ von Lessing. Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

auf 1590 gestiegen, das Geschäftsguthaben beträgt rund 384 000 Mark. Außerdem beträgt der Stand der Einlagen seitens der Mitglieder bei der Sparkasse der Genossenschaft 472 000 Mark gegen 408 000 Mark am 1. Januar. Auch das erst vor kurzem eingeführte System der Heimparaffinen hat seinen Zweck, den kleinen Sparbetrieb anzuregen, voll erfüllt; es ist aus 150 Büchlein die Summe von 6900 Mark der Sparkasse zugeführt worden. Die auscheidenden Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt; neu trat in den Aufsichtsrat der Kollege Paul Fennig vom Verein der Deutschen Kaufleute ein.

Bei Besprechung der Bautätigkeit führte Herr Direktor Schrader aus, daß die Genossenschaft seit 23 Jahren bei ihren Bauten den Grundsatz verfolge, daß jedes Haus mit einem genügend großen Garten versehen sein muß. Allerdings will die Genossenschaft nicht gleich ganze Städte, besonders auch nicht auf Basis gemeinschaftlichen Eigentums, gründen, sondern sie ist befreit, allen ihren Mitgliedern, die einzeln nicht in der Lage sind, sich ein Eigentum zu erwerben, durch die genossenschaftliche Selbsthilfe es zu ermöglichen, zu einem eigenen Hause zu kommen.

Für das Frühjahr 1910 wurde beschlossen, mit dem Bau von 14 Häusern auf dem Terrain der Genossenschaft in Hermsdorf zu beginnen. Bewerber werden aufgefordert, sich im Bureau, Steglitzerstraße 86, zu melden.

Wie die ländliche Grundrente steigt, zeigen folgende Angaben, welche die „Schles. Volks-Ztg.“ in ihrer Nr. 493 aus dem westpreussischen Kreise Rügenberg macht:

Das Gut Quirren, etwa 1000 Morgen groß, wurde im Jahre 1891 für den Preis von 70 000 Mk. an die Herren Schirrmann und Gallenamp verkauft. Diese verkauften es 1891 für 120 000 Mk. an einen Herrn Velrich, der es 1905 schon für 180 000 Mk. an einen Herrn Schroeder weitergab. 1907 erstanden zwei Herren aus Allenstein genanntes Gut für 196 000 Mk. und überließen es endlich 1909 an einen Herrn v. Rogowski für 240 000 Mk., der es endlich vor wenigen Wochen losgeschlagen haben soll. Innerhalb 17 Jahren hat also in diesem Falle eine Preissteigerung von mehr als 170 000 Mk. stattgefunden oder um das Zweieinhalbfache.

Das Gut Windes, 1050 Morgen groß, kaufte im Jahre 1891 ein Herr Marx für 70 000 Mk. gab es aber schon nach einigen Jahren an einen Herrn Hegring für 160 000 Mk. weiter. Dieser verkaufterte es kurze Zeit darauf an einen Herrn Krause, wobei es schon 200 000 Mk. einbrachte. Nach einem Zwischenbesitzer erstand es ein Herr Zahn für 250 000 Mk., der es 1907 für 310 000 Mk. an einen Herrn v. Laschewski weiterverkaufte. Bei dem vor wenigen Tagen erfolgten Verkauf erzielte der bisherige Inhaber 380 000 Mk. Das Gut ist also seit 1891 um nicht weniger als 254 000 Mk. gestiegen.

Auch das Gut Stein, das 1891 erst 120 000 Mk. kostete bei einem Flächeninhalt von 1100 Morgen, brachte 1904 schon 90 000 Mk. mehr, in 13 Jahren also eine erhebliche Steigerung.

Das 1400 Morgen große Gut Woino kostete 1897 114 300 Mk. Bei dem letzten zustande gekommenen Weiterverkauf wurden nicht weniger als 370 000 Mk. dafür gezahlt. Die Kaufsumme ist demnach in der kurzen Zeit um das das Dreifache gestiegen, die Differenz zwischen dem Preis von 1897 und heute beträgt 255 700 Mk.

Das sind Grundrentensteigerungen in einem einzigen Kreise der Provinz Westpreußen! Eine gemeindliche Zuwachsteuer, so schreibt die „Wobenerreform“ mit Recht, würde diese Wertsteigerungen, bei denen es sich wahrscheinlich meist um selbstständige Gutsbezirke handelt, niemals erfassen können. Eine Reichszuwachsteuer kann und muß hier helfen! Wer sich ihrer baldigen Durchführung widersetzt, ist mitschuldig an allem Verderblichen, das Geldmangel oder eine falsche Steuerpolitik in unserem Volke verschuldet.

Ueber die Zahl der deutschen Eisenbahner im verfloffenen Jahre macht die „Zfkk. Ztg.“ folgende Angaben: Im Verwaltungsdiens gab es 20 358 Beamte, 6278 Diätäre, 4129 Arbeiter, zusammen 30 765 Personen. Im Bahnunterhaltungs- und Bewachungsdiens: 34 131 Beamte, 2149 Diätäre, 138 609 Arbeiter, zusammen 174 899 Personen. Im Bahnhof-, Abergigungs- und Zugbegleitungsdiens: 140 196 Beamte, 13 582 Diätäre, 153 409 Arbeiter, zusammen 307 087 Personen. Im Zuförderungs- und Werkstätten diens 48 465 Beamte, 1639 Diätäre, 132 699 Arbeiter, zusammen 182 803 Personen. In der gesamten Betriebsverwaltung wurden 695 557 Beamte usw. und Arbeiter beschäftigt und an diese insgesamt 1 022 457 748 Mark Gehälter und Löhne gezahlt.

Für die Agitation eröffnet sich demnach hier noch ein weites und ergiebiges Feld.

Jedem Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann! Dieser Spruch gilt ganz besonders für Redakteure. Wer durch eine Zeitung dauernd sich an die Öffentlichkeit wendet, der ist natürlich auch in besonderem Maße der Kritik ausgesetzt und nimmt unter Würdigung des einleitenden

ogen
lgen
B.
ent-
beiden.
Zu-
eine
— n —
dem
abge-
Aus-
seite-

in
ngu-
Ar-
rungen
rsten
auf-
ollen
n i -
am
irek-
men
n d
sind
weil
irek-
weise
immer
be-
imten
and-
und
Die
Auf-
beider

ung.
mit
ge-
einem
onen
chten
die
stark
wort
esen-
fähig
üsse
aus
ren.
nden
nifa-
Ein-
ffig,
eis-
slos
iter-

iben
für,
ern
zur
im
des
:
i der
Drot.
itten
eiffer
isten
r zu
seine
ines
Bei-
sch-
amen
ber,
ung
nt-
n-
eis-

egt,
ber
an

ber-
350
für
den
ab.
bge-
richt
das
aft.
90A

Sowie in den Stadtparlamenten, dafür einzutreten, daß die Arbeitsvermittlung auf paritätische Grundlage ge-
stellt wird, um so die Freiheit der Bewegung der Ar-
beitskraft durch Gesetz zu gewährleisten.

8. Worms. In einer stark besuchten Vorstandss- und
Vertrauensmännerversammlung der dem Arbeiter-
Sekretariat Frankfurt-Worms angegliederten Vereine
erhielt nach Erledigung agitatorischer und sonstiger
interner Fragen der Arbeiterssekretär Kollege **Walzer**
seinen Tätigkeitsbericht über das erste halbe Jahr.
Daraus ging hervor, daß das Sekretariat sich in er-
freulicher Entwicklung befindet und durch Angliederung
eines Arbeitsnachweises vergrößert worden ist. Auch
der Verkehr auf dem Bureau weist eine ständige Steige-
rung auf. Während der April mit 23 Personen im Ver-
kehr schloß, stieg die Zahl im Juli auf 180, um im Ok-
tober 370 zu erreichen. Ingesamt verkehrten 1082 Per-
sonen in den Sprechstunden. Davon waren männlich
668, weiblich 94. Auskünfte wurden erteilt: in Fragen
der Arbeiterversicherung 270, Arbeits- und Dienstver-
trag 219, Bürgerliches Recht 79, Strafrecht 76, Ver-
tretung vor Gericht 15, Gemeinde- und Staatsange-
legenheiten 99, Arbeitervergebung 76, Arbeitsvermit-
tlung 350. Von diesen Auskünften wurden 813 münd-
lich und 269 schriftlich erteilt. Schriftsätze wurden 180
angefertigt. Diese Zahlen zeigen, welche Arbeit zu be-
wältigen war.

Durch diese Arbeit, die von einer Person geleistet
werden mußte, litt naturgemäß die äußere Agitation.
Trotzdem konnten unter treuer Mithilfe der Kollegen
hier neue Ortsvereine gegründet, und die
Mitgliedszahl der bestehenden Vereine gehoben werden.
In einer größeren Anzahl Versammlungen, an welchen
der Sekretär teilnahm, verjagte derselbe durch Vorträge
oder aufklärendes Eingreifen in die Diskussion die Idee
der Gewerkevereinsbewegung auszubreiten und zu ver-
hüten. Eine Lohnbewegung konnte mit vollem Erfolg
zugunsten der Arbeiter mit wesentlichen Lohnauf-
besserungen auf friedlichem Wege abgeschlossen werden.
Auch um die Auslösung von Schöffen aus der Arbeiter-
schaft bemühte sich das Sekretariat. Es wurden bis
jetzt zwei Kollegen aus dem Ortsverein der Schuhmacher
und Weberarbeiter Pfeddersheim ausgelost, um an der
Rechtsprechung teilzunehmen. Es wurde ferner mitge-
teilt, daß die Ueberlastung durch den immer steigenden
Verkehr auf dem Sekretariat die Anstellung einer
Hilfskraft nötig machte, was von der Versammlung leb-
haft begrüßt wurde. Mit einem hoffnungsvollen Aus-
blick schloß die Berichterstattung, welcher lebhafter Bei-
fall dankte. Es folgte eine rege Diskussion. Die Ver-
sammlung wurde mit einem Hoch auf die freibeitlich
nationale Arbeiterbewegung geschlossen, nachdem vorher
noch eine Resolution angenommen worden war, in der
von der Berichterstattung über die Tätigkeit des Sekre-
tariats mit Befriedigung Kenntnis genommen wurde,
und in der es dann weiter hieß: „Die Versammelten
verpflichten sich erneut alle Kraft aufzubieten, um die
freibeitlich-nationale Arbeiterkraft unter der Gewerke-
vereinsfahne zu sammeln, da nur auf dem Boden der
Gewerkevereinsidee die Arbeiter praktische Erfolge in
der Forderung ihrer Lage erwarten dürfen. Die Ver-
sammlung fordert alle noch dem Sekretariat fern-
stehende Vereine auf, den Anschluß möglichst bald zu
vollziehen, um dieser Waffe der Gewerkevereine eine noch
größere Stoßkraft geben zu können. Ferner appelliert
die Versammlung an alle freibeitlich-nationalen Arbei-
ter, die Reihen in den Kirch- und Wanderversammlungen
einem im Interesse der guten Sache enger schließen zu
wollen.“ Nachher fand eine gut besuchte Ortsverband-
versammlung statt, in der Arbeiterssekretär J. Walzer
über das Programm der Deutschen Gewerkevereine
sprach.

Verbands-Zeitung.

Frauen-Beiratskassen
des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.)
Lüttich über eingesandte Beiträge.

Monat November 1909.

Bauhandwerker: Bolen (1708) 1,04. **Fabrik- und
Handarbeiter:** Ropbach 1,56, Eberbach 13,47. **Frauen:**
Danzig 2,38. **Grappische Berufe und Waler:** Halle
16,38, Waldenburg 0,25. **Kaufleute:** Berlin IX 2,70,
Machshausen u. **Metallarbeiter:** Göttingen 11,70,
Mallmühl 1,02, Rauer-Berlin 3,12. **Porzellanarbeiter:**
Gotha 0,78, Hüttensteinach 2,08, Raghütte 8,32, Raghütte
(1311) 1,56, Tiefenfurt (769) 2,08, Einzelmitgl. Eger 2,08,
John 2,34. **Schiffzimmerer:** Kiel-Gaarden 0,64.
Schneider: Elberfeld 8,25, Erlangen 7,54, Leipzig 14,04,
Potsdam (2937) 1,44, Einzelmitgl. Herrmann 1,25, Einzel-
mitgl. Pfaff 0,65. **Schuhmacher:** Tüft 12,06, Weissen-
feld 1,75, Neubaldensleben 0,25. **Textilarbeiter:** Helm-
brecht 45,62, Sommerfeld 6,37, Weichau 2,08. **Töpfer:**
Elbing 0,91, Grünau 0,65. **Summa 171,86 Mark.**
Berlin, im Dezember 1909.

R. Klein, Hauptkassierer. J. Neufeldt, Haupt-Kontrollierer.

Berichtungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerke-
vereine (G.-V.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerke-
vereine, N.O., Weißsiedlerstraße 221/228. Der Weib-
schicksferstage wegen findet die nächste Sitzung
erst am Mittwoch, 5. Januar, statt. — **Gewerke-
vereine: Liebertafel (G.-V.).** Jeden Donnerstag,
abds. 9-11 Uhr, Lebungshunde im Verbandshaus der Deut-
schen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind hergl. willf.
— **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.**
Bücherei. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienst-
tag im Monat. — Sonntag, 26. Dezember. **Maschinen-
bau- und Metallarbeiter IV.** Nachm. 4 Uhr Weib-
schicksfer in Ehemals Kesseln, Blücherstraße 61. — **Maschinen-
bau- u. Metallarbeiter VIII.** Vorm. 10-12 Uhr
Beitragzahlung im Verbandshaus, Weißsiedlerstr. 221/28.
Grüßgöppen. — Montag, 27. Dezember. **Maschinen-
bau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8-10 Uhr Zahl-
abend, Fruchtstr. 36 a. — **Maschinenbau- und Me-
tallarbeiter V.** Vormittags Zahltag, Rotbuserstr. 6. —
Maschinenbau- u. Metallarbeiter X. Vorm. 10 bis
12 Uhr Zahltag, Staligerstraße 30, im Restaurant „Zur
Hütte“.

Orts- und Bezirksverbände.

Hagen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonn-
abend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei
Leudter, Ede Hofemannplatz und Zillischerstraße. —
Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends
8 1/2 Uhr, im Hiltmanns Hotel, Poststr., Distriktsabend
(Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat
abends 9 Uhr bei Victor, Kaiser Wilhelmstraße 77. —
Dresden (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regel-
mäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weck-
gasse 28 statt. Gäste willf. — **Rhin (Distriktsklub).** Sitzung
jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant „Bater Rolping“,
Eiserstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. u. 4. Mit-
woch im Monat bei Victor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duis-
burg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend
im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen,
Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Wahl-
heim-Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag
im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wit-
th. Müller, Sandstraße 88. — **Estebas (Distriktsklub).**
Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel
Beitnerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereine-Beitertafel).**
Die Lebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bi
11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburg-
straße 25, statt. Gäste und stimmgebende Mitglieder frei

hergl. willkommen. — **Weissenfels a. S. (Orts-
verband).** Lebungshunde jeden
Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizer-
haus“, Schützenstraße. G-fanglebende Gewerkevereinskollegen
sind willkommen. — **Ferrelahn (Distriktsklub).** Jeden
Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Stettin (Sänger-
klub der Gewerkevereine).** Die Lebungshunde finden jeden
Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt.
Stimmgebende Kollegen sind hergl. willkommen. — **Selms-
kirchen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat
Ortsverbandssitzung, vormittags 10 Uhr im Ver-
kehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Epremsberg (Dis-
triktsklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr
im Vereinslokal „Zähnen“ Sitzung. Gewerkevereinsmit-
glieder sind stets willkommen. — **Weissenfels (Distrikts-
klub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr
Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **M.-Glabbach
(Sängerklub der Deutschen Gewerkevereine).** Sitzung jeden
Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Jansen, Krefelder-
straße 333. Jeder Kollege hergl. willf. — **Ziegel
(Distriktsklub für Erzgeb., Vogtland und Meißendorf).**
Sitzung jeden Dienstag Abend von 8-10 Uhr bei Fechner,
Berlinerstr. 38. Gäste willkommen.

Veränderungen bezw. Ernennungen zum Abrechnungs- verzeichnis.

Barth (Ortsverband). A. B. v. d. Bedmann, Schrift-
führer, Sündelstraße 59 I.
**Bremen (Sektion des Senfverbandes der Gast-
wirtschaftlichen).** Ditto Doppermann, 1. Vorsitzender, Roland-
straße 80; J. Siegel, 2. Vorsitzender, „Alberts Hotel“;
B. Erbel, Schriftführer, Schornhorstr. 140; D. Fran-
kaffier, Pelzerstr. 44.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vor-
behalten. Rücksendung erfolgt nicht.
„**Mitroskosmos**“, Zeitschrift für die praktische Be-
tätigung aller Naturfreunde. In Verbindung mit her-
vorragenden Fachgelehrten herausgegeben von Dr.
Adolf Reip. Jährlich erscheinen 12 Hefte und 8 bis
4 Buchbeilagen. Abonnementpreis jährlich 4.— M.
Die Reaktionsfreiheit der Gewerbetreibenden und
gewerblichen Arbeiter. Von Dr. Günther Diezig. Ver-
lag von J. C. W. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. Ge-
heftet 2.— M.
Der Arbeiterfreund. Von B. Krüger, Halle a. S.
Herausgegeben vom Mitteldeutschen Ausbreitungsver-
bande Deutscher Gewerkevereine (Kirch-Dunder).
Die wirtschaftliche Entwicklung und die politischen
Parteien. Von Professor Dr. F. Staudinger. Verlag
der „Bormser Verlags- und Druckerei-Gesellschaft“
m. b. H. Kreis 1 M.
Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Nr. 9
und 10 1909. Verlag von Gustav Fischer.
„Die Sonderarbeit ist heilsam.“ Ein neues Heil-
verfahren. Von Dr. Meymann. 4. Auflage. Hof-
Verlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig (1,50).
Reichsamtliche Reformgesetze von Dr. med.
R. Meyer. Heft VII. Welche Nahrung braucht der
Mensch? Appetit und Schlaf, Reform der Gesehligkeit,
Suggestion und Herdentrieb (0,80) Leipzig, Hofverlags-
buchhandlung Edmund Demme.
Reinleiden, Krampfadern, Unterhosenleishwüre
(offene Weine, Rindfleisch, Weinschäden, trockene Flechte,
Salzfluß), ihr Wesen, ihre Ursachen, Erscheinungen,
Verhütung und naturgemäße Behandlung. Nach dem
neuesten wissenschaftlichen Standpunkte, sowie nach
eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med.
Rühner (0,80 M.). Leipzig, Hofverlagsbuchhandlung
Edmund Demme.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
**Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl
Hahn und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch
160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerkegesetz von Dr. Max Hirsch.
Preis 80 Pfg.
**Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von
Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Pfg.
**Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Gold-
schmidt.** Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für
Gewerkevereine 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare
4 M., 20 Exemplare 9 M., 50 Exemplare 9 M. und
50 Exemplare 12,50 M.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. —
Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerke-
vereine (Kirch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Geset-
bücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die
Verbandsbibliothek, sind zum Buchhandlungspreise durch das Ver-
bandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen,
da anderenfalls der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer
Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißsiedlerstr. 221/28.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Die im Verein der Deutschen
Kaufleute (G.-V.) organisierten
Handlungsgesellschaften und -Schiffen
erfahren seit Jahren die völlige
Sonntagsruhe für das Handelsge-
werbe. Gewerkevereine, unterstützt
unser Verbandsgenossen im Kampfe
um die Verljung der Arbeitszeit!

**Lein Gewerkevereiner
kaufe Sonntags!**

Veranlasse jeder seine Familien-
angehörigen, Einkäufe nur an
Wochentagen zu besorgen!

Lüdenscheid. Der Arbeitsnach-
weis sowie Ortsverbandsgescheft
befindet sich beim Sekretär Herrn
Bartel, Köhlerstr. 33.

Spandau (Ortsverband). Der
Arbeitsnachweis befindet sich Polite-
straße 6, Restaurant zum „Lürk-
schen Belt“, Fernsprecher Nr. 559.
Dafelbst erhalten auch durchreisende
Kollegen Karten im Werte von
75 Pfennig.

Barth i. Pomme. (Ortsverb.).
Durchreisende Gewerkevereinskollegen er-
halten 50 Pfg. Karten sind zu
haben bei Aug. Dahn, Pohl-
straße 211b. Arbeitsnachweis da.

**M.-Glabbach-Neydht (Orts-
verband).** Durchreisende Kollegen
jeden Berufes erhalten 50 Pfg.
Reiseunterstützung im Gewerke-
vereinsbureau, Kürperstraße 180.
Dafelbst auch Arbeitsvermittlung
sowie Auskunft in allen anderen
Angelegenheiten kostenlos an jeder-
mann.

Stettin (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten Logier-
karten im Werte von 1,20 M. beim
Kollegen Emil Schmidt, Stettin,
Postweg 22 im Laden. Die Ver-
bandsherberge befindet sich Eilfabri-
kstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

**Eisenach u. Umgegend (Orts-
verband).** Durchreisende Kollegen
erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbands-
kassierer Edmund Hartmann,
Eisenach, Bismarckstr. 18.

Hagen (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten 1,25 M.
Reiseunterstützung in dem Arbeiter-
sekretariat Hagen, Adalbertstein-
weg 71.

Saarbrücken (Ortsverband).
Durchreisende Kollegen erhalten
50 Pfennig bei dem Ortsvereins-
kassierer oder im Sekretariat Saar-
brücken I. Am Markt 18.

Freiburg i. Schf. (Ortsverb.).
Durchreisende Kollegen erhalten. Das
Ortsverbandsgescheft bei ihrem
Distriktskassierer ausgegabt.
Falls der Ortsverein am Orte nicht
vertreten ist, beim Ortsverband-
kassierer Wilhelm Berger, Bil-
helmstraße 10.

Sera, R. J. E. (Ortsverband).
Durchreisende Gewerkevereinskollegen
erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung
bei Hermann Schneider, Böttcher-
gasse 6.

Biberach a. Schf. (Ortsverb.).
Durchreisende Mitglieder erhalten eine
Unterstützung von 75 Pfg.
ausgegabt beim Ortsverband-
kassierer F. Koll, Ring Nr. 14.

Stettin a. Schf. (Ortsverb.).
Durchreisende Verbandsmitglieder
erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper,
Hauptstraße 48.

Biberach a. Schf. (Ortsverb.).
Durchreisende Gewerkevereinskollegen
erhalten eine Anweisung für Abend-
brot, Radstquartier und Frühstück
bei den Ortsvereinskassierern.
Herberge und Arbeitsnachweis im
Gasthaus zum „Roten Ochsen“,
Marktplatz.